



Sachbearbeiter/in: ..... Register-Nr.:.....

RS-Büro: Landshut Mitglieds-Nr.: .....

## I. Angaben der Antragstellerin / des Antragstellers

Name	Vorname
Rechtsgebiet:	monatliches Bruttogehalt in €:
Rechtsstreit gegen	wegen
Verfahrensstand:	

**Weitere Angaben siehe MIBS - Auszug und Erfassungsbogen**

## II. Erklärung der Antragstellerin / des Antragstellers

Mir ist bekannt, dass der gewerkschaftliche Rechtsschutz eine freiwillige Leistung ist (§15 Abs. 4 der ver.di - Satzung). Die Bestimmungen der §§ 1 bis 9 der ver.di - Rechtsschutzrichtlinie erkenne ich an.

Über ggf. zu beachtende Ausschlussfristen wurde ich informiert. Forderungen, die während des laufenden Prozesses entstehen, habe ich selbst bei meiner Prozessvertretung schriftlich anzumelden. Mir ist bekannt, dass ich im Fall unterlassener, unvollständiger oder verspäteter Mitwirkung alleine die Folgen eines darauf zurückzuführenden Schadens zu tragen habe und keine Schadensersatzansprüche stellen kann.

Ich weiß, dass ein evtl. Schadensersatzanspruch im Rahmen des Rechtsschutzes innerhalb von drei Jahren ab dem Zeitpunkt, zu dem der Anspruch entstanden ist, spätestens jedoch mit Ablauf von drei Jahren nach Ende der Auskunftserteilung oder Prozessvertretung, verjährt.

Mir ist bekannt, dass ausschließlich schriftlich erteilte bzw. bestätigte Rechtsauskünfte verbindlich sind.

Verhandlungen mit der Gegenseite und Prozesshandlungen erfolgen ausschließlich durch meine Prozessvertretung. Auf den Rechtsstreit bezogenen Auflagen und Weisungen meiner Prozessvertretung ist zu folgen. Persönliche Verhandlungen mit der Gegenseite bedürfen der vorherigen Zustimmung. Einen zusätzlichen Prozessbevollmächtigten darf ich nicht ohne Zustimmung der ver.di beauftragen.

Ein Gewerkschafts Austritt sowie eine nicht satzungsgemäße Beitragszahlung kann zum Entfallen des Rechtsschutzes für die Vergangenheit führen. In diesem Fall muss ich die von ver.di bereits übernommenen Kosten erstatten. ver.di kann alternativ eine pauschale Kostenrückerstattung in Höhe meines Jahresbeitrages verlangen.

Persönliche Daten des Antragstellers (z. B. Name, Anschrift, etc.) werden zur Ermöglichung des Geschäfts- und Schriftverkehrs gespeichert.

**Eine Exemplar dieses Antragsformulars und ein Auszug aus der ver.di Rechtsschutzrichtlinie (§§ 1 – 9) wurde mir ausgehändigt**

Ort, Datum

Unterschrift des/der Antragstellers/in

### Vermerk der / des zuständigen ver.di Sachbearbeiters/in

Rechtsschutz wurde

- gewährt
- abgelehnt
- mit folgender Beschränkung gewährt: \_\_\_\_\_

Bezirk: \_\_\_\_\_  LBZ: \_\_\_\_\_  Bundesverwaltung: \_\_\_\_\_

Datum / Unterschrift: \_\_\_\_\_

### Bearbeitungsvermerk:

- Bitte Rechtsschutz als Leistung in MIBS eintragen und einen aktuellen MIBS - Auszug zur Akte nehmen.
- Bei Rechtsschutzgewährung bitte das Mitglied mit Formblatt **7a,7b** oder **7c** über Entscheidung informieren.
- Bei Ablehnung (Versagung) des Rechtsschutzes bitte das Mitglied mit Formblatt **7d** über Entscheidung informieren.